Achleitner geht.
Die Probleme bleiben.

Welche Reformen brauchen Oberösterreich und seine Wirtschaft, um wieder durchzustarten?

Vom Personalwechsel zu konkreten Reformen

Markus Achleitner geht, Christiane Frauscher übernimmt am 12. November das Wirtschaftsressort. Doch die Probleme, die sich in den vergangenen Jahren aufgestaut haben, verschwinden nicht mit dem bisherigen Landesrat. Für NEOS trägt nicht nur Achleitner die politische Verantwortung für Fehlentscheidungen und Versäumnisse, sondern auch die ÖVP, die den Kurs jahrelang mitgetragen hat.

„Achleitners Rücktritt war nur der erste Schritt. Ein neues Gesicht allein ist noch keine neue Politik. Entscheidend ist, ob die ÖVP bereit ist, ihren bisherigen Kurs tatsächlich zu ändern. Oberösterreich braucht jetzt keine weiteren Ankündigungen, sondern konkrete Reformen“, sagt NEOS-Landessprecher Felix Eypeltauer.

Frauscher hat angekündigt, Probleme erkennen, Lösungen finden und rasch handeln zu wollen. NEOS nimmt sie beim Wort und benennt fünf Bereiche, in denen die bisherige Landespolitik aus ihrer Sicht wichtige Antworten schuldig geblieben ist.

Planungssicherheit für Unternehmen: Energieversorgung und Infrastruktur

Felix Eypeltauer: „Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen statt politischer Verzögerungen“

Oberösterreichs Industrie benötigt wettbewerbsfähige Energiepreise, eine sichere Stromversorgung und leistungsfähige Verkehrsverbindungen. Gerade bei langfristigen Investitionen sind Verlässlichkeit und Planungssicherheit entscheidend.

NEOS kritisiert, dass die schwarz-blaue Landesregierung beim Ausbau erneuerbarer Energien und bei wichtigen Infrastrukturentscheidungen vielfach zu langsam agiert. Notwendig sind klare

Rahmenbedingungen für den Ausbau der Stromerzeugung, eine Beschleunigung des Netzausbaus und eine vorausschauende Verkehrsinfrastrukturplanung, die den Unternehmen verlässliche Bedingungen für ihre wirtschaftliche Tätigkeit und ihren Mitarbeiter:innen sichere, gut funktionierende Verkehrsverbindungen ermöglicht.

Donaubrücke Mauthausen: Debakel mit Anlauf

Für NEOS steht die Donaubrücke Mauthausen beispielhaft für die Folgen unzureichend abgestimmter Infrastrukturplanung: Im Sommer 2028 muss die bestehende Brücke rund drei Monate gesperrt werden, während die neue Brücke noch nicht zur Verfügung steht. Unternehmen im Unteren Mühlviertel müssen erhebliche Umwege und zusätzliche Fahrzeiten einkalkulieren. NEOS sieht hier insbesondere die schwarz-blaue Landesregierung in der Verantwortung, die wirtschaftlichen Folgen der nicht eingehaltenen Projektabfolge zu begrenzen.

„Die Betriebe brauchen verlässliche Energie und Verkehrsverbindungen. Bei der Donaubrücke Mauthausen erleben wir stattdessen ein Debakel mit Anlauf: Die Unternehmen der Region müssen die Folgen einer nicht aufgegangenen Infrastrukturplanung ausbaden. Die Landesregierung muss endlich zeigen, dass sie die Bedürfnisse der Wirtschaft bei solchen Projekten rechtzeitig mitdenkt“, kritisiert NEOS-Landessprecher Felix Eypeltauer.

Verfahrenserleichterung: Schluss mit dem Behördendschungel

Markus Hofer: Ein Betriebsprojekt – eine Behörde – ein Verfahren

Wer einen Betrieb errichten oder erweitern will, muss häufig sowohl ein Bauverfahren bei der Gemeinde als auch ein gewerberechtliches Verfahren bei der Bezirksverwaltungsbehörde durchlaufen. Unterschiedliche Zuständigkeiten können Doppelgleisigkeiten und unnötige Verzögerungen verursachen.

Die Koalition im Bund hat sich hier schon grundsätzlich auf flächendeckende One-Stop-Shop für Betriebsanlagen: eine zuständige Behörde, einen Ansprechpartner und einen abgestimmten Verfahrensablauf für ein Betriebsprojekt. Das Modell ist bereits in Statutarstädten und Gemeinden mit freiwilliger Aufgabenübertragung gängige Praxis. Es soll zum verlässlichen Standard werden. Hinzu kommen zwei weitere Reformen:

- **Qualifizierte Fertigstellungsanzeige:** Bereits vorhandene Nachweise qualifizierter Fachunternehmen sollen genutzt werden, statt Arbeiten routinemäßig doppelt zu überprüfen. Behördliche Kontrollen bleiben bei Bedarf möglich.

- **Durchgehend digitale Genehmigungsverfahren:** Von der Einreichung über die Akteneinsicht und Statusabfrage bis zum Bescheid sollen Verfahren ohne unnötige Papierwege und Medienbrüche abgewickelt werden.

Allein es fehlt die Zustimmung der Bundesländer; allen voran Oberösterreich als Wirtschafts- und Industriebundesland, *„weil es Bedenken gibt, die bis heute nicht nachvollziehbar sind“,* kritisiert Markus Hofer insbesondere die Haltung von Landeshauptmann Thomas Stelzer.

„Thomas Stelzer verlangt von Wien regelmäßig mehr Reformtempo. Bei der Vereinfachung von Betriebsanlagenverfahren ist er aber einer der wichtigsten Bremser. Unternehmen wollen nicht zwischen Behörden hin- und hergeschickt werden. Sie brauchen einen Ansprechpartner und klare Abläufe. Wer Entbürokratisierung fordert, muss auch bereit sein, in den eigenen Zuständigkeiten Veränderung voranzutreiben“, betont Markus Hofer.

Wie groß der Nachholbedarf in Oberösterreich ist, zeigt ein Bundesländervergleich: Während in Salzburg bereits bei 84,2 Prozent der erfassten Betriebsanlagenverfahren auch die baurechtlichen Zuständigkeiten bei den Bezirksverwaltungsbehörden gebündelt sind, liegt Oberösterreich mit nur 26,1 Prozent weit zurück. Auch Vorarlberg (53,3 Prozent) und Niederösterreich (49,5 Prozent) sind deutlich weiter. **Dabei könnte Oberösterreich von einer Reform sogar finanziell profitieren:** Die Kombination aus flächendeckendem One-Stop-Shop und qualifizierter Fertigstellungsanzeige würde das Landesbudget laut interner Modellrechnung um rund 1,2 bis 1,6 Millionen Euroentlasten. Doch das ist nur eine Seite der Medaille. Der wesentlich **größere Nutzen liegt in der Entlastung der Unternehmen:** weniger Behördenwege, weniger Doppelgleisigkeiten, besser abgestimmte Verfahren und damit weniger Zeitaufwand und geringere Kosten für die Betriebe. Wie hoch diese Einsparungen für die Wirtschaft insgesamt ausfallen würden, ist bislang nicht beziffert.

Landesförderungen: Wirkung statt willkürlicher Förderungen

Felix Eypeltauer: Steuergeld braucht klare Ziele und messbare Ergebnisse

Für NEOS ist die Förderpolitik ein wesentlicher Bereich, in dem die Landesregierung ihre Prioritäten überdenken muss. Die bisherige Standortpolitik unter Markus Achleitner habe zu stark auf einzelne Prestigeprojekte gesetzt, während sinnvolle Förderansätze – etwa zur Belebung leerstehender Gebäude – zurückgenommen wurden.

Eypeltauer fordert eine grundlegende Überprüfung der Landesförderungen: klare und öffentlich nachvollziehbare Kriterien, überprüfbare Ziele und regelmäßige Evaluierungen. Auch Überschneidungen und mögliche Mitnahmeeffekte müssen kritisch hinterfragt werden.

„Förderungen verteilen ist keine Standortpolitik. Unter Achleitner wurden fragwürdige Prestigeprojekte wie das Triforet-Projekt in Hinterstoder unterstützt, während sinnvolle Programme gegen Leerstand gestrichen wurden. Die ÖVP hat diese Prioritäten mitgetragen. Jetzt muss endlich überprüft werden, was die eingesetzten Steuergelder tatsächlich bewirken – und ob sie Oberösterreich wirtschaftlich weiterbringen“, sagt Felix Eypeltauer.

Landesbeteiligungen: Aufsichtsratsvorsitze entpolitisieren

Markus Hofer: Unabhängige Kontrolle statt politischer Ämterhäufung

Auch bei landesnahen Unternehmen sieht NEOS Reformbedarf. Die schwarz-blaue Landesregierung müsse sicherstellen, dass die Interessen des Landes als Eigentümer klar definiert und die Unternehmen unabhängig und fachkundig kontrolliert werden. NEOS fordert daher, Aufsichtsratsvorsitze landesnaher Unternehmen grundsätzlich mit unabhängigen, externen Fachleuten zu besetzen. Politische Eigentümerverantwortung und professionelle Unternehmenskontrolle sollen klar voneinander getrennt werden.

Das betrifft insbesondere wirtschaftlich bedeutende Beteiligungen wie die Energie AG und den Flughafen Linz. Für sie braucht das Land nicht nur qualifizierte Kontrollorgane, sondern auch nachvollziehbare Eigentümerstrategien.

„In der Privatwirtschaft ist ganz klar, welche hohe Bedeutung der Aufsichtsrat eines Unternehmens hat. Die Aufsichtsratsvorsitze gehören daher in die Hände unabhängiger, externer Experten, die den jeweiligen Markt kennen, und ihre Erfahrung in das Unternehmen einbringen. Die Politik soll als Eigentümer klare Ziele vorgeben, aber die Kontrolle der Unternehmen nicht zum verlängerten Arm ihrer eigenen Interessen machen. Mit dem Wechsel im Wirtschaftsressort gibt es die Gelegenheit, diese Strukturen neu aufzustellen“, fordert NEOS-Wirtschaftssprecher Markus Hofer.

Die ungelösten Baustellen aus der Ära Achleitner

Felix Eypeltauer: Ein Personalwechsel darf kein Weiter-wie-bisher bedeuten

Der neue Zuschnitt der Landesregierung bringt bei den bisher von Markus Achleitner betreuten Aufgaben keine grundlegende Änderung. Christiane Frauscher übernimmt damit auch die Verantwortung für mehrere umstrittene oder noch ungelöste Standortfragen.

Windkraft: Ausschlusszonen zurücknehmen, Ausbau ermöglichen
NEOS kritisiert die bisherige Windkraftpolitik Achleitners als Hemmnis für die Energiewende und die langfristige Versorgungssicherheit. Die geplanten Ausschlusszonen sollen zurückgenommen und ausreichende, sachlich begründete Beschleunigungsgebiete geschaffen werden.

Flughafen Linz: Schluss mit der fehlenden Perspektive
Für NEOS hat die bisherige Eigentümerpolitik keine überzeugende langfristige Strategie für den Flughafen hervorgebracht. Das Land muss klare wirtschaftliche und strategische Kriterien für den Weiterbestand definieren und die Einbindung strategischer privater Partner beziehungsweise die angekündigte Teilprivatisierung zügig durchführen.

Rechenzentren: Standortstrategie statt Einzelfallpolitik
Das geplante Google-Rechenzentrum in Kronstorf zeigt den Bedarf an einer übergreifenden Strategie. Die Landesregierung muss geeignete Flächen, Energie- und Netzkapazitäten, Abwärmenutzung und regionale Wertschöpfung vorausschauend zusammendenken.

„Ob bei der Windkraft, beim Flughafen Linz oder bei neuen Rechenzentren: Oberösterreich braucht klare Strategien statt jahrelanger Verzögerungen und falscher Prioritäten. Christiane Frauscher muss zeigen, wo sie bereit ist, den bisherigen Kurs zu korrigieren. Nur die Namen auszutauschen, reicht nicht“, erklärt Felix Eypeltauer.

NEOS: Ein Kurswechsel muss sich an Entscheidungen zeigen

Für NEOS stehen fünf Reformaufgaben im Mittelpunkt:

1. **Planungssicherheit herstellen:** Leistbare und verlässliche Energie, leistungsfähige Netze und vorausschauende Infrastrukturpolitik.

2. **Betriebe von Bürokratie entlasten:** One-Stop-Shop, qualifizierte Fertigstellungsanzeige und durchgehend digitale Genehmigungsverfahren.

3. **Landesförderungen neu ausrichten:** Transparenz, klare Kriterien und messbare Wirkung statt fragwürdiger Prestigeprojekte.

4. **Landesbeteiligungen professionell kontrollieren:** Unabhängige externe Aufsichtsratsvorsitze und klare Eigentümerstrategien.

5. **Offene Standortfragen lösen:** Insbesondere bei Windkraft, Flughafen Linz, Rechenzentren und Raumordnung.

„Der Personalwechsel bietet die Gelegenheit, überholte Strukturen aufzubrechen und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Ob die ÖVP diesen Kurswechsel wirklich will, wird sich an ihren Entscheidungen zeigen. Wir werden die neue Wirtschaftslandesrätin bei allem unterstützen, was mutig ist, und überall dort antreiben, wo es nötig ist“, hält Felix Eypeltauer abschließend fest.

Rückfragen & Kontakt:
Mag. Gernot Bogner I Pressesprecher
E. gernot.bogner@neos.eu I T. +43 676 83414629